



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Wilhelm-Mauser-Str. 45 · 50827 Köln

Tel.: 0221/ 169 65 07
Mail: u.mueller@lobbycontrol.de
Web: www.lobbycontrol.de

Presse-Erklärung

Berlin, 7. September 2006

„Medienkritik ist nicht Fliegenbeine zählen“

LobbyControl weist Kritik von TV21 an Christiansen-Studie zurück

Die Initiative LobbyControl hat heute eine Studie zur Einladepolitik der Talkshow „Sabine Christiansen“ vorgestellt. Die Studie untersucht die Gästeliste und das Themenspektrum der Sendungen von Januar 2005 bis Juni 2006 und kommt zu dem Ergebnis, die Besetzung der Sendung sei von einem systematisch verzerrten Pluralismus gekennzeichnet.

Die Produktionsfirma von „Sabine Christiansen“ TV21 hat daraufhin LobbyControl vorgeworfen, die Analyse beruhe auf einer „falschen Datenbasis und realitätsfernen Interpretation“. LobbyControl weist diese Kritik entschieden zurück. „Wenn Dr. Heiks es als ‚Fliegenbeine zählen‘¹ abtut, zu überprüfen, welche Gäste und damit welche gesellschaftlichen und politischen Kräfte bei ‚Sabine Christiansen‘ zu Wort kommen, finden wir das sehr bedauerlich“, erklärt LobbyControl-Vorstandsmitglied Heidi Klein.

Die Studie zeige deutlich, dass

- a) wesentliche gesellschaftliche Gruppen in der Christiansen-Runde nicht oder nur am Rande auftauchen;
- b) innerhalb der eingeladenen Politikerinnen und Politiker eine relative parteipolitische Ausgewogenheit bestehe, bei den übrigen Gästen jedoch unternehmensnahe und marktliberale Positionen ein klares Übergewicht hätten;
- c) die Zuschauerinnen und Zuschauer unzureichend über die Verbindungen von eingeladenen Experten zu marktliberalen Denkfabriken, Lobbykampagnen oder Unternehmen informiert würden;
- d) das Themenspektrum der Sendung einseitig sei.

In der Stellungnahme von TV21 würden nur zwei Aspekte der Studie herausgegriffen:

Erstens habe es sehr wohl eine Reihe von Sendungen zu internationalen Themen gegeben. Zweitens sei es „unsinnig“, die Gäste nach Lagern oder Gruppen zu sortieren. Es habe eine Reihe von Sendungen gegeben, die überproportional „links“ besetzt gewesen seien.

¹ So gegenüber der „Zeit“, <http://www.zeit.de/online/2006/36/lobby-christiansen>

Dazu LobbyControl:

1) Unsere Kritik am Themenspektrum bezieht sich nicht nur auf internationale Politik, sondern auch auf die Vernachlässigung sozialer und ökologischer Themen. Natürlich gibt es internationale Themen bei Christiansen, aber insbesondere die Auseinandersetzung um internationale ökonomische Rahmenbedingungen für die Debatte über Reformen in Deutschland fehlt. Auch Themen wie die EU-Verfassung oder der Kongo-Einsatz wurden eher randständig diskutiert.

2) Die Einseitigkeit der Gästeliste als Ganzes bleibt aus unserer Sicht bestehen. Wir sind gerne bereit auch noch über einzelne Sendungen zu sprechen. Allerdings ist es in der Studie gar nicht um eine komplette Inhaltsanalyse der Sendung gegangen, sondern um die Frage, welche Gäste mit welchen Hintergründen bei Sabine Christiansen eingeladen waren und welche Interessen damit in der Talkshow das Wort ergreifen konnten. „Es macht durchaus Sinn, zu vergleichen, in welchem Umfang Unternehmer und Wirtschaftsverbände im Vergleich zu Gewerkschaften vertreten waren oder welche Ökonomen und Medienvertreter in der Sendung zu Wort kamen“, so Ulrich Müller vom LobbyControl-Vorstand.

LobbyControl weist deshalb den Vorwurf deutlich zurück, die Studie sei „unsinnig“. „Insgesamt begrüßen wir aber, dass sich TV21 mit der Studie auseinandersetzt und damit eine Debatte über die Einladepolitik bei Sabine Christiansen in Gang kommt“, erklärt Heidi Klein.

Heidi Klein und Ulrich Müller sind Vorstandsmitglieder von LobbyControl und die AutorInnen der Studie. Für **Nachfragen und weitere Informationen** steht Ihnen Ulrich Müller gerne unter 0170/ 3110089 zur Verfügung.

LobbyControl ist eine zivilgesellschaftliche Initiative, die mit eigenen Recherchen über Lobbyismus in Berlin und Brüssel, die Beeinflussung der Medien und die Arbeit von Denkfabriken aufklärt. Die 2005 gegründete Organisation setzt sich für ethische Standards im Lobbybereich ein und will einseitige Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit eindämmen.